

Calmer Wochenblatt

Nr. 132.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Verlagspreis: 6 M. pro Viertel. Anzeigepreis: Die kleinste Zeile 20 M. pro Zeile. Auf Entgeltanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% zu. Fernsch. 2. — 3 M. — Auf Entgeltanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% zu. Fernsch. 2. — 3 M.

Donnerstag, den 10. Juni 1920.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis M. 12.90 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Deutsche und ausländische Stimmen zum Ausfall der Reichstagswahlen.

Zur Frage der Regierungsbildung.

Berlin, 10. Juni. Zu der Neuerung des Reichspostministers Sieberts, eines alten christlichen Gewerkschaftlers, ihm erscheine die Koalition von Scheidemann bis Stresemann als durchaus nützlich, aber wenig wahrscheinlich, es bleibe nur übrig, den gegenwärtigen Koalitionsparteien solange die Führung der Regierungsgeschäfte zu überlassen, bis zum Herbst das Volk erneut Gelegenheit erhalte, mit etwas ruhigeren Nerven und gekläarterem Urteil über sein politisches Geschick zu entscheiden, meint der „Vorwärts“: Ob sich die alte Koalition bis zum Herbst halten kann, wollen wir nicht untersuchen. Es dürfte klar sein, daß die Sozialdemokratie keine Neigung hat, weiter den Brüggelmann zu spielen für Dinge, wie sie sich in den letzten einhalb Jahren abgespielt haben, ohne daß die Sozialdemokratie sie verhindern konnte. Aber daß dieser Reichstag ohne Mehrheit keine lange Lebensdauer haben kann, wird jedermann einräumen.

Die „Germania“ hebt hervor, daß die Sozialdemokratie als Ganzes auf der Höhe des Vorjahres geblieben sei. Sie habe nicht einen Rückgang, sondern eine kleine Zunahme an Reichstagsstimmen zu verzeichnen. Die Verschiebungen auf der Linken vollzogen sich lediglich innerhalb der Sozialdemokratie. Eine Abschwächung in das andere Parteilager ist nicht zu verhindern. Von der Zentrumspartei sagt dasselbe Blatt, sie habe zwar auch heute noch eine ausschlaggebende Stellung, aber sie habe sie nicht mehr allein. Sie müsse dem entscheidenden Druck Rechnung tragen, den das übertragende Stimmengewicht der Mehrheitssozialdemokratie auf die Waagschale auszuüben vermöge. Die Zukunft unseres Vaterlandes sein nach wie vor in entscheidendem Maße in die Hand dieser Partei gegeben.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ wird gesagt: Falls das schwierige Werk der Kabinettsbildung der bis jetzt Genannten gelingt, wird der Reichspräsident die Führer der Parteien zu einer Besprechung einladen und sie ermahnen müssen, daß das Wohl des Ganzen über dem an sich wohl begründeten Parteinteresse stehe.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, der gegenwärtig in München weilte, sprach sein Bedauern aus, daß im Wahlkampf davon gesprochen worden sei, daß eine Partei mit einer anderen in keine Regierungskoalition gehe. Er gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß die Notwendigkeit einer Regierungsbildung auf breiterer Grundlage als zwingend anerkannt und dieser vaterländischen Notwendigkeit Parteirücksichten und Parteineigungen untergeordnet würden.

Eine Erklärung in der Erzbergerfrage.

In der Versammlung der Zentrumspartei Groß-Stuttgart am Abend des Wahltags erklärte der neue Vorsitzende, Ministerialrat Bucher, unter stärkstem Beifall: Nachdem die Wähler sich für Erzberger entschieden haben, darf nicht mehr gegen ihn Stellung genommen werden. Die anderen haben zu schweigen und sich zu fügen. Wir haben auch den Bayern und Rheinländern nicht vorgeschrieben, wen sie wählen dürfen. Wer will uns Schwaben vorschreiben, wem wir unser Vertrauen schenken? Das ist undemokratisch. Wenn wir Erzberger wählen, dann ist der Fall erledigt, dann muß die Fraktion ihn aufnehmen.

Holländische Stimmen zum Ergebnis

Rotterdam, 9. Juni. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in einem Leitartikel: Das Ergebnis der Reichstagswahlen ist ungünstig, da die Wahlen die Grundlage, auf der eine Regierung möglich war, vernichtet haben, ohne eine neue zu schaffen. Deutschland geht aller Wahrscheinlichkeit nach noch einer Periode großer Schwierigkeiten entgegen. Bisher war die Bildung der häufig ungesicherten Kabinette schwierig genug, aber man wußte doch immer, wo geeignete Leute zu finden waren. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Für die ruhige Entwicklung, die Deutschland in erster Linie nötig hat, muß dieser Zustand außerordentlich verhängnisvoll sein.

Haag, 9. Juni. Der „Nieuwe Courant“ meint, die Anzweiflung des deutschen Volkes, das nach Rettung ausschaut und deshalb von jeder Verrückung eine Verbesserung erhoffe, sei die Ursache der Erstarrung der Extremen, doch sei gerade eine gemäßigte Regierung die einzige Rettung für Deutschland. Nur eine solche gebe ihm Aussicht darauf, das Vertrauen der beiden wichtigsten Länder England und Amerika einigermaßen zurückzugewinnen. Das Blatt bespricht dann die bekannten Schwierigkeiten, die unter den heutigen Verhältnissen der Bildung einer

Regierungsmehrheit entgegenstehen, schließt aber mit den Worten, nur eine Koalitionsregierung könne Deutschland retten.

Haag, 9. Juni. „Algemeen Handelsblad“ führt aus, daß die ruhige Entwicklung des neuen Deutschland nur durch die gemeinsame Arbeit der auf demokratischer Grundlage weiter arbeitenden Parteien sichergestellt werden könne. Es seien dies die Parteien, die sich sowohl gegen jede Wiederherstellung des alten Regimes als auch gegen die Aufrichtung eines sozialistischen Staatswesens sträuben. Nur eine gemäßigte Regierung, die den Mittelweg beschreiten wolle und auf der Hut sei gegen die Wiederkehr des Alten und gegen phantastische Experimente, werde die Krise, die Deutschland gegenwärtig durchmache, lösen können.

Stimmen aus Frankreich.

Paris, 9. Juni. Sowohl „Journal“ wie „Petit Parisien“ sprechen heute von der Möglichkeit einer nochmaligen Verschiebung der nun auf den 5. Juli festgesetzten Konferenz von Spa. „Journal“ stellt sogar die Frage, ob man überhaupt nach Spa gehen solle, ob nicht etwa die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen sei, ohne von den anderen Hindernissen zu sprechen, den Weg nach Spa sperre. Nach dem „Petit Parisien“ muß man ohne falschen Pessimismus feststellen, daß die Alliierten von einem wirklichen Einverständnis untereinander noch weit entfernt seien.

Eine englische Stimme.

Amsterdam, 9. Juni. „Westminster Gazette“ bespricht in einem Leitartikel über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen den doppelten Ruck nach links und nach rechts und sagt: Die Alliierten müssen jetzt überlegen, ob sie nicht selbst eine sehr ernste Verantwortung für die gefährliche Verwirrung tragen, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Wahlausfall für die deutsche Politik ergibt. Diese Verwirrung ist eine Gefahr für die ganze Welt. Wir haben die Pflicht, sie zu verhindern, falls es möglich ist. Mit einer ersten folgerichtigen Politik kann noch etwas getan werden, um einer gemäßigten deutschen Regierung die Lebensmöglichkeit zu geben.

Zur äußeren Lage.

Eine neue Note Deutschlands an die Entente wegen des Heeresbestandes.

Paris, 9. Juni. Die deutsche Regierung richtete bereits vor 5 Tagen an die alliierten Regierungen eine Note, in der erklärt wird, daß Deutschland sich vor der Unmöglichkeit befinde, am 10. Juli ds. Js. die Bestände der Reichswehr auf die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Stärke zu reduzieren. Die Note verlangt, daß der gegenwärtige Bestand von 200 000 Mann ständig gehalten werden könne.

Die Auslieferung der deutschen Luftschiffe.

Amsterdam, 10. Juni. Im englischen Unterhaus sagte Churchill in Erwiderung auf eine Anfrage, die Auslieferung des deutschen Luftschiffes „L. 71“ sei in den nächsten Wochen zu erwarten. Man hoffe, durch seine Probefahrt wertvolle Erfahrungen zu machen. Ein zweites Luftschiff werde in den Besitz der Vereinigten Staaten übergehen. Ueber drei noch im Bau befindliche weitere Luftschiffe stehe ein Abkommen bevor, durch das sie zu Handelszwecken nutzbar gemacht würden. Auf die weitere Frage, warum „L. 71“ noch nicht ausgeliefert sei, erwiderte Churchill: „Wir sind nicht unbefriedigt über die Art, wie die Deutschen ihre Verpflichtungen erfüllen.“

Die alliierte Willkürherrschaft im besetzten Gebiet.

Berlin, 10. Juni. Nach einer Meldung der Abendblätter aus Landau (Pfalz) ist der Finanzrat Dr. Ronba auf Anordnung der Interalliierten Kommission aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Die Ausweisung erfolgte, weil Ronba einer Beamtenversammlung präsiidierte, in der eine Entschließung gegen die Willkürherrschaft der französischen Behörden gegenüber der Beamtenenschaft zur Annahme gelang.

Keine Gerechtigkeit für Eupen und Malmédy.

Brüssel, 10. Juni. Zu dem Beschluß der Vorkonferenz betreffend die Eisenbahn von Montjoie ist zu bemerken, daß nach dieser Entscheidung des Rats die Bewohner von Montjoie bei Deutschland verbleiben und daß die Kritik der Deutschen hinsichtlich der Volksabstimmung in Eupen und Malmédy abgelehnt wurde.

Die Ententevorsorge für Polen.

Deutzen, 9. Juni. Nach der „Oberschlesischen Morgenpost“ betrug die Kohlenförderung Oberschlesiens im Mai 2 238 320 Tonnen, der Hauptbahnversand 1 510 301 Tonnen, der Kohlenbestand 236 359 Tonnen. Die Wagengestellung war gut; es fehlten nur 0,1 Proz. — Nach dem polnischen Wirtschaftsblatt

„Przemysł“ hat der Kohlenkommissar des Obersten Rats die bisherige Zuteilung der ober-schlesischen Kohlen an Polen um 150 000 Tonnen monatlich auf 400 000 Tonnen erhöht. Die Erhöhung soll dem Wiederaufbau der polnischen Industrie, besonders der Exportindustrie, dienen.

Die polnisch-litauischen Streitfragen.

Kopenhagen, 9. Juni. „Berlingske Tidende“ meldet aus Kowno: Aus Warschau sind der Führer der Nationalen Volkspartei und der Sozialistischen Volkspartei, die im polnischen Parlament die Mehrheit besitzen, eingetroffen. Bei ihren Verhandlungen mit der litauischen Regierung und der Nationalversammlung hielten sie an der Forderung fest, daß die Streitfrage über Wilna durch eine allgemeine Volksabstimmung entschieden werden solle. Von litauischer Seite wurde mit der unbedingten Forderung geantwortet, daß die Anerkennung Wilnas als Hauptstadt Litauens unerlässlich sei. Auch der polnische Vorschlag auf Errichtung eines föderativen Bundes zwischen Litauen und Kowno, dem Wilna, Kowno und Grodno als selbständige Kantone angehören sollen, wurde abgelehnt. Die Verhandlungen sind somit ergebnislos geblieben. Der britische Kommissar für die baltischen Angelegenheiten traf aus Riga in Kowno ein, um mit der litauischen Regierung über die polnisch-litauischen Streitfragen zu verhandeln.

Die Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Litauen.

(W.B.) Kopenhagen, 9. Juni. Das hiesige „Lett. Tel. B.“ meldet aus Riga: Auf der Friedenskonferenz zwischen Lettland und Sowjetrußland in Moskau wurden am vergangenen Samstag die ersten vier Friedensbedingungen angenommen: 1. Abschluß des Krieges; 2. Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands; 3. Abkommen über die Festsetzung der Grenzen, und 4. militärische Sicherheiten. Danach kam die Frage der Heimsendung der lettischen Flüchtlinge zur Verhandlung.

Die Japaner in Ostibirien.

Berlin, 10. Juni. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Kopenhagen gemeldet, daß nach einem Reuters Telegramm aus Tokio offiziell mitgeteilt wurde, daß die Japaner bei ihrem Einmarsch in Nikolajewsk nicht einen einzigen Japaner am Leben gefunden haben. Man glaubt, daß sie sämtlich am 25. Mai ermordet worden sind.

Ausland.

Die Preissenkungen in Frankreich.

Berlin, 10. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, daß sich die Preissenkung in Frankreich auch auf den Viehhandel ausdehnt. Die Fleischpreise sind um einen halben bis einen Franken pro Kilogramm gesunken, ebenso sind Gemüse und Früchte bedeutend billiger geworden.

Rücktritt der italienischen Regierung.

Rom, 9. Juni. Nitti hat im Senat die Demission des Kabinetts verkündet.

Proteststreik in Rom wegen Brotpreiserhöhung.

Mailand, 9. Juni. Wie „Corriere della Sera“ berichtet, haben die Arbeiter und Angestellten Roms am Dienstag Nachmittag die Arbeit eingestellt als Protest gegen die Erhöhung des Brotpreises.

Der deutsche Konsul in Persien getötet.

Berlin, 9. Juni. Entgegen der Reutersmeldung, daß der deutsche Konsul in Täbris, Wustrow, sich das Leben genommen hat, teilen die Abendblätter mit, daß der Konsul bei der Belagerung des Konsulats durch eine von außen abgefeuerte Kugel getroffen worden sei.

Berlin, 10. Juni. Zum Tode des Konsuls Wustrow teilt die „Deutsche Allg. Ztg.“ mit, daß der persische Gesandte am Montag in Trauerkleidung auf dem Auswärtigen Amt erschien, um der deutschen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Täbris auszusprechen.

Die Folgen des argentinischen Getreideausfuhrverbots.

Paris, 9. Juni. Habas meldet aus Buenos-Aires, daß Ausfuhrverbot für Getreide habe zur Folge gehabt, daß die Preise um 30 Prozent gesunken seien.

Japanische Flugzeugenkäufe in Frankreich.

Berlin, 10. Juni. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist General Mapada in Paris eingetroffen, um mit den zuständigen Stellen Verhandlungen über den Ankauf von Flugzeugmaterial durch Japan zu führen. In Japan bestehen bereits sechs Fliegerschulen, deren Lehrpersonal sich aus Franzosen zusammensetzt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung betr. Ausgabe von Fleischkonserven.
Auf Wochenabschnitt 4 der Fleischkarte entfallen pro Kopf 60 Gramm Büchsenfleisch, das Pfund zu M. 9.—
120 Gramm Leberwurst, das Pfund zu M. 5.—
Calw, den 9. Juni 1920. Oberamtmann: G. S.

Amtliche Bekanntmachung betr. Verkehr mit Kirichen.
Laut telegraphischer Nachricht der Landesverorgungsstelle ist die Kirchengeschichte nach außerhalb Württembergs mit sofortiger Wirkung gesperrt.
Calw, den 8. Juni 1920. Oberamtmann: G. S.

Verfügung des Ernährungsministeriums über Höchstpreise für Milch.

1. In Abänderung der Verfügung des Ernährungsministeriums über Höchstpreise für Milch vom 30. Dezember 1919 (Staatsanzeiger Nr. 299) werden die nachgenannten Bestimmungen wie folgt geändert:
1. § 6 Abs. 2: Für die persönlichen und sachlichen Aufwendungen der Sammelstelle einschließlich der Säuberung und Kühlung und ausschließlich der Vergütung für die Milchabgabe an Verordnungsbevollmächtigte werden

für 1 Liter Genußmilch 5 Pfg. vergütet.

2. § 7: Der örtliche Großverkaufspreis (Verkauf im Großen ab Sammelstelle) darf für 1 Liter Genußmilch den Betrag von 83 Pfg. nicht übersteigen.

3. § 8 Abs. 5: Die Vergütung für Bestellung der Beförderungskannen durch den Abnehmer beträgt 1/4 Pfg. für das Liter.

4. § 4 Abs. 2: Der örtliche Großverkaufspreis darf bei Magermilchablieferung an auswärtige Bedarfsgemeinden den Betrag von 35 Pfg. für 1 Liter Magermilch nicht übersteigen. Im übrigen finden die Bestimmungen des § 8 entsprechende Anwendung.

II. Diese Änderungen treten am 1. Juni 1920 in Kraft.

Stuttgart, den 27. Mai 1920. Graf.

Verfügung des Ernährungsministeriums über Wein.

Vom 2. Juni 1920.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Wein vom 31. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 751)

in der Fassung der Verordnung des Staatssekretärs des Kriegs- und Ernährungsamts vom 31. August 1918 (Reichs-Gesetzbl. 1092) sowie auf Grund der §§ 12 und 15 der Bundesratsverordnung über die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915/6. Juni 1916, Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 607/728, 1916 S. 673) werden die Verfügungen des Ernährungsministeriums über Wein vom 6. Oktober 1919 (Staatsanz. Nr. 203) und vom 30. Januar 1920 (Staatsanz. Nr. 25) wie folgt geändert:

1. In § 3 ist statt: „einem Zentner“ zu setzen: „zehn Zentnern“.

2. In § 6 ist statt: „zwanzig Litern“ zu setzen: „dreihundert Litern“ und statt: „einem Zentner“ „zehn Zentnern“.

3. § 7 erhält folgende Fassung:

„Genehmigungsschein.“

Wer Trauben am Stod oder geerntete Trauben in Mengen von mehr als zehn Zentnern, Traubenmais, Traubenmoß- oder Wein in Mengen von mehr als dreihundert Litern beim Erzeuger entgeltlich oder unentgeltlich erwerben will, bedarf hierzu der Genehmigung. Wegen des Vordrucks für den Genehmigungsschein vergl. Ziff. 5.

4. § 9 erhält folgende Fassung:

„Grundsätze für die Genehmigung.“

(1) Zum Erwerb von Trauben am Stod oder geernteter Trauben in Mengen von mehr als zehn Zentnern darf Genehmigung nur erteilt werden, wenn der Nachsuchende glaubhaft macht, daß die Trauben zu einem andern Zweck als zur Weinbereitung erworben werden sollen.

(2) Privatpersonen darf die Genehmigung nur erteilt werden, wenn dringende Gründe (z. B. außergewöhnlich große Zahl von erwachsenen Haushaltsmitgliedern) für den Bedarf einer Menge von mehr als 300 Litern glaubhaft gemacht werden können.

(3) Wirten darf der Erwerb einer Menge genehmigt werden, welche die jährlich im Durchschnitt der drei Jahre 1917, 1918 und 1919 genehmigte Menge um höchstens ein Drittel übersteigt.

(4) Händlern darf die Genehmigung unter entsprechender Anwendung der Vorschrift in Abs. 3 erteilt werden.

(5) Die Landesverorgungsstelle kann Ausnahmen von den Grundsätzen in Absatz 2 bis 4 zulassen.

5. Die Beförderungsvorschriften in § 11 werden aufgehoben. Die noch vorhandenen Vordrucke nach dem Muster des Genehmigungsschein- und Beförderungsscheins Anlage II der Verfügung vom 6. Oktober 1919 können bis auf weiteres für den Genehmigungsschein nach §§ 7 und 8 fortbenutzt werden. Für die Gültigkeit genügt in diesem Falle die Angabe von Namen, Wohnort usw. des Erwerbers und der Besto-

hungig. Kultminister Dr. Hieber wies auf die vier Volksparteier hin. Er könne sich nicht denken, daß sie sich grundsätzlich zur Opposition schlagen. Das Zentrum hätte Anspruch auf eine stärkere Vertretung, die Sozialdemokratie sei mit drei Ministern und dem Gesandten zu stark an der Regierung beteiligt. Wegen der Kirchen- und Schulfrage werde das Zentrum nicht zum Anstöß nach rechts veranlaßt werden. Es sei dringend erwünscht, diese Fragen noch mehr aus dem politischen Kampf herauszuschieben. Daß Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam in die Opposition treten, sei nicht wahrscheinlich. Eine rein bürgerliche Regierung hätte wohl noch mehr Schwierigkeiten, als eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Daß besondere Schwierigkeiten zu erwarten wären, wenn die neue Regierung in Württemberg etwa anders zusammengesetzt wäre als im Reich, glaubt Dr. Hieber nicht. Finanzminister Lieschug wies darauf hin, daß die Rechte und das Zentrum ebensoviel Stimmen (55), wie die Koalitionsparteien hätten und eine Zufallsabstimmung die Regierung beseitigen könnte. Kirche und Schule würden in nächster Zeit eine bedeutende Rolle nicht spielen. Wünschenswert sei, daß auch die Sozialdemokratie an der bisherigen Koalitionspolitik festhalte. Auch bei selbstloser Teilnahme an der Regierung werde unter den gegenwärtigen Umständen eitel Unbunt geerntet. Veränderungen in der Regierung seien nicht ausgeschlossen, es sei aber politisch unklug, ja geradezu staatsgefährlich, wenn die Arbeiterkassen von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen werde. Justizminister Bolognini führte aus: Ob nach dem Ausfall der Wahlen der Fortbestand der Koalition im Reich, den ich für politisch zweckmäßig halte, möglich sein wird, ist noch nicht zu übersehen. Für Württemberg gibt es zwei Möglichkeiten: entweder Fortbestand der Koalition oder Bildung einer bürgerlichen Regierung aus Bauernbund, Bürgerpartei und Zentrum. Die Frage ist nun: Ist die Koalition erweiterungsfähig? Das möchte ich verneinen. Das Zentrum kann „niemals“ mit den Unabhängigen in der Regierung sein. Eine Erweiterung der Koalition nach rechts scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten und Demokraten. Die Regierung muß ein reines Geschäftsministerium sein und sich vorwiegend auf wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben beschränken, muß sich um die Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung und überhaupt um Sparsamkeit bemühen. Eine andere Koalition kann dem Zentrum in einem Falle aufgedrängt werden, wenn nämlich versucht werden sollte, in den Schul- und Kirchenfragen über unsere Grundsätze hinwegzugehen. Wir würden dagegen das Äußerste, bis zum Volksentscheid einsehen. Wie die Haltung der Sozialdemokratie sein wird, muß abgewartet werden. — (Der Zentrumsführer hat sich also sehr diplomatisch ausgedrückt, d. h. seiner Partei beide Wege, sowohl den nach rechts als nach links aufgelassen.)

Deutschland.

Das Landtagswahlergebnis in der Pfalz.

Speyer, 9. Juni. Endgültiges amtliches Wahlergebnis der Landtagswahl in der Pfalz: Im ganzen sind 346 373 Stimmen abgegeben worden. Die Sozialdemokraten erhielten 84 267 Stimmen (4 Sitze, 5575 Reststimmen), die Bayer. V.P. 92 884 Stimmen (4 Sitze, 13 692 Reststimmen), die Demokraten 32 553 Stimmen (1 Sitz, 12 755 Reststimmen), die Deutsche V.P. 104 523 Stimmen (5 Sitze, 5535 Reststimmen), die Unabhängigen 38 734 Stimmen (1 Sitz, 18 936 Reststimmen), die Kommunisten 2712 Stimmen (keinen Sitz).

Zusammentritt des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 10. Juni. Der Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats wird nach verschiedenen Morgenblättern noch im Laufe des Monats Juni stattfinden.

Der Kampf der Reichswehr um ihre Existenz.

(W.B.) Berlin, 9. Juni. Ueber die Vorgänge bei der Entwaffnung der Maschinengewehrkompanie Libau in Soest wird von zuständiger Seite noch mitgeteilt: Als die Mannschaften der Kompanie hörten, daß die Kompanie aufgelöst werden sollte, weigerten sie sich, dem Befehl nachzukommen und marschierten ohne Offiziere geschlossen nach einem Dorfe in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung vorzunehmen, wurden 2 Kompanien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und das Dorf umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompanie das Feuer auf die Reichswehrtruppen, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintraten. Die Reichswehr ging dann gegen die Kompanie vor und führte ihre Entwaffnung durch. Verluste der entwaffneten Kompanie sind bisher nicht bekannt geworden. Die Mannschaften der Maschinengewehrkompanie Libau sind interniert. Es ist eine strafrechtliche Untersuchung gegen sie eingeleitet worden.

Französische Zivilisation in Oberschlesien.

Oppeln, 9. Juni. In der Nacht zum Mittwoch versuchten vier Franzosen eine Hochzeitsgesellschaft auf der Volkinsel zu stören, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand im Boot zwischen den Franzosen und dem Führer und seinen zwei Söhnen ein Handgemenge, das angeblich durch Gewehrfeuer von den am Ufer stehenden Franzosen verursacht wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrunken ist.

Milchlieferungsstreik.

* Frankfurt a. M., 9. Juni. In den Landkreisen Höchst und Wiesbaden ist gestern die Bauernschaft in einen Milchlieferungsstreik eingetreten. Die Arbeiterkassen sind entschlossen, die Milchlieferung zu erzwingen. An einzelnen Orten ist es bereits zu Tätlichkeiten gekommen.

Bermischtes.

Holländische Wohlthätigkeit.

(W.B.) Hannover, 9. Juni. Die holländische Ambulanz, die sich hier in der Kriegszeit durch ihre Tätigkeit in der Verwundetenpflege große Sympathie erworben hat, hat auf Anregung von Konjul Tiefers und Gemahlin, die dem holländischen Komitee angehören, beschlossen, tausend unterzeichnete Kinder aus der Volksschule Hannovers zunächst vier Wochen mittags zu speisen. Die Rohmaterialien werden aus Holland geliefert.

Riesenschiefungen.

Berlin, 10. Juni. Einem Privattelegramm des „Berliner Tageblatts“ aus Köln zufolge hat die Kölner Kriminalpolizei sechs Personen wegen riesiger Waggonstiefungen, durch welche die Eisenbahnverwaltung um über zehn Millionen Mark geschädigt wurde, festgenommen. Die Schiebergesellschaft hat ganze Waggonladungen Spirit, Benzin und Autoreifen nach Düsseldorf, Leipzig, Dresden usw. verschoben.

Ein Pilz, der Honig bildet.

ml. Auf Getreidefeldern kann man im Laufe des Sommers bisweilen die Beobachtung machen, daß nicht nur die Blüten der Unterkräuter, sondern auch manche Roggenähren von den Bienen eifrig besucht werden, was umso seltsamer wirkt, als die Ähren ja nicht auf die Befruchtung durch Insekten angewiesen sind und somit den Bienen auch keine Lockspeisen bieten. Untersucht man nun aber die Einzelähren, so findet man in der Tat Spuren von einer süßen, klebrigen Substanz, den sog. Honigtau. Dieser Honigtau, der scheinbar aus den Fruchtknoten der Ähren austritt, ist jedoch nicht ein Abwehrprodukt der Pflanze, sondern vielmehr das Lockmittel, mit dem ein in der Ähre schmarotzender Pilz und zwar der gefährliche Mutterkornpilz (*Claviceps purpurea*) Insekten an sich zu locken sucht, um sich sein Fortbestehen und seine Verbreitung zu sichern. Das feine Fadengeflecht des Pilzes durchsetzt in diesen Ähren den Fruchtknoten so vollständig, daß seine Oberfläche fast ganz von den Sporen, die sich aus dem Pilzgeflecht nach außen abströmen, bedeckt ist, und daher kommt es auch, daß auf den ersten Blick der Eindruck erweckt wird, als ob der Honig vom Fruchtknoten selbst abgeschieden würde, während er in Wirklichkeit aus den Sporen des Mutterkornpilzes tritt. Da der stark giftige Mutterkornpilz einer unserer schlimmsten Getreidepilzarten ist und natürlich durch jedes die Ähre besuchende Insekt, dadurch, daß die Sporen, d. h. die Fortpflanzungskörper, an den Bienen hängen bleiben, die Verbreitungsmöglichkeit des Pilzes erhöht wird, so bildet die Honigabsonderung in diesem Falle eine böse Gefährdung unserer Getreideernten.

Der neue württ. Landtag und die Regierungsbildung.

Der neugewählte Landtag wird voraussichtlich auf 22. Juni einberufen werden und in der 1. Sitzung unter Leitung des Alterspräsidenten, Staatspräsident Blos, sein Bureau wählen. Die Wahl des Staatspräsidenten wird in der zweiten oder dritten Sitzung vor sich gehen. Der neue Staatspräsident wird sodann die Regierung berufen. Ueber die Neubildung dieser sagt die „Schwab. Tagw.“, daß die Erweiterung der bisherigen Koalition durch Zuziehung der Unabhängigen sehr zweifelhaft sei. Die Einbeziehung der vier Volksparteier werde die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht finden und auch bei den Demokraten auf Widerstand stoßen. Eine Regierung, gebildet von der Rechten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, wäre mit 54 gegen 47 Stimmen noch schwächer als die bisherige Koalition. Durch den Hinzutritt der Demokraten könnte diese Regierung gestärkt werden. Die Bildung des Kammerpräsidiums hänge von der Bildung der Regierung ab. Die Regel ist, daß die stärkste Fraktion den ersten Präsident stellt. Davon sei aber schon öfters abgewichen worden. — (Die bisherige Koalition — Zentrum, Demokratie und Mehrheitssozialisten — besteht im neuen Landtag 55 gegen 46 Sitze der früheren Opposition.)

Württ. Minister über die politische Lage.

Der Chefredakteur der „Württembergischer Ztg.“ legte einigen württembergischen Ministern Fragen über die politische Lage vor, wie sie durch den Ausfall der Wahlen geworden ist. Es wurde dabei nach dem Fortbestand der Koalition, nach der Umbildung der Regierung, nach der Haltung der Parteien und nach einer verschiedenen Regierungsbildung im Reich und in Württemberg gefragt. Der württ. Staatspräsident Blos betonte in seiner Antwort, er halte die Koalitionsmehrheit für befestigt und tragfähig, weil die drei Parteien solange miteinander gearbeitet hätten. Das Zentrum werde an der Koalition festhalten. Die Frage der Umbildung der Regierung werde sich nach dem Zusammentritt des neuen Landtags, der verfassungsmäßig 16 Tage nach der Wahl geschehen müsse, entscheiden, wobei er als Alterspräsident aufzutreten habe. Von den Verhältnissen im Reich seien wir nicht ab-

hängig. Kultminister Dr. Hieber wies auf die vier Volksparteier hin. Er könne sich nicht denken, daß sie sich grundsätzlich zur Opposition schlagen. Das Zentrum hätte Anspruch auf eine stärkere Vertretung, die Sozialdemokratie sei mit drei Ministern und dem Gesandten zu stark an der Regierung beteiligt. Wegen der Kirchen- und Schulfrage werde das Zentrum nicht zum Anstöß nach rechts veranlaßt werden. Es sei dringend erwünscht, diese Fragen noch mehr aus dem politischen Kampf herauszuschieben. Daß Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam in die Opposition treten, sei nicht wahrscheinlich. Eine rein bürgerliche Regierung hätte wohl noch mehr Schwierigkeiten, als eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Daß besondere Schwierigkeiten zu erwarten wären, wenn die neue Regierung in Württemberg etwa anders zusammengesetzt wäre als im Reich, glaubt Dr. Hieber nicht. Finanzminister Lieschug wies darauf hin, daß die Rechte und das Zentrum ebensoviel Stimmen (55), wie die Koalitionsparteien hätten und eine Zufallsabstimmung die Regierung beseitigen könnte. Kirche und Schule würden in nächster Zeit eine bedeutende Rolle nicht spielen. Wünschenswert sei, daß auch die Sozialdemokratie an der bisherigen Koalitionspolitik festhalte. Auch bei selbstloser Teilnahme an der Regierung werde unter den gegenwärtigen Umständen eitel Unbunt geerntet. Veränderungen in der Regierung seien nicht ausgeschlossen, es sei aber politisch unklug, ja geradezu staatsgefährlich, wenn die Arbeiterkassen von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen werde. Justizminister Bolognini führte aus: Ob nach dem Ausfall der Wahlen der Fortbestand der Koalition im Reich, den ich für politisch zweckmäßig halte, möglich sein wird, ist noch nicht zu übersehen. Für Württemberg gibt es zwei Möglichkeiten: entweder Fortbestand der Koalition oder Bildung einer bürgerlichen Regierung aus Bauernbund, Bürgerpartei und Zentrum. Die Frage ist nun: Ist die Koalition erweiterungsfähig? Das möchte ich verneinen. Das Zentrum kann „niemals“ mit den Unabhängigen in der Regierung sein. Eine Erweiterung der Koalition nach rechts scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten und Demokraten. Die Regierung muß ein reines Geschäftsministerium sein und sich vorwiegend auf wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben beschränken, muß sich um die Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung und überhaupt um Sparsamkeit bemühen. Eine andere Koalition kann dem Zentrum in einem Falle aufgedrängt werden, wenn nämlich versucht werden sollte, in den Schul- und Kirchenfragen über unsere Grundsätze hinwegzugehen. Wir würden dagegen das Äußerste, bis zum Volksentscheid einsehen. Wie die Haltung der Sozialdemokratie sein wird, muß abgewartet werden. — (Der Zentrumsführer hat sich also sehr diplomatisch ausgedrückt, d. h. seiner Partei beide Wege, sowohl den nach rechts als nach links aufgelassen.)

6. Die §§ 12, 14 bis 17 und 19 der Verfügung vom 6. Oktober 1919 und die in Ziff. I und II der Verfügung vom 30. Januar 1920 enthaltenen §§ 13, 18, 18a und 18b werden aufgehoben.

7. § 20 Abs. 1 erhält folgende Fassung: „Die Polizeibehörden haben für eine sorgfältige Ueberwachung der Einhaltung der Vorschriften dieser Verfügung und der von der Landesverorgungsstelle zu erlassenden Beförderungsvorschriften Sorge zu tragen.“

8. In § 21 wird an Stelle der Worte: „und Preisvorschriften (Abschnitt II und III)“ eingeschaltet: „(Abschnitt II)“.

9. In § 22 (Strafbestimmungen) erhält die Ziff. II unter Aufhebung des Zusatzes in Ziff. III der Verf. vom 30. Januar 1920 folgende Fassung:

„II. Nach § 17 Ziff. 2 der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Eintausendfünfhundert Mark bestraft:

1. wer Trauben am Stod oder geerntete Trauben in Mengen von mehr als zehn Zentnern, Traubenmais, Traubenmoß- oder Wein in Mengen von mehr als dreihundert Litern ohne Genehmigung erwirbt oder an Personen abgibt, die sich nicht im Besitz eines gültigen Genehmigungsscheines befinden (§§ 7 und 10),

2. wer den auf Grund der Ziff. 5 dieser Verfügung erlassenen Beförderungsvorschriften der Landesverorgungsstelle zuwiderhandelt.“

Die Ziff. III in § 22 wird aufgehoben.

10. Gegenwärtige Verfügung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die in § 23 Abs. 2 Ziff. 2 der Verfügung vom 6. Oktober 1919 für den Wein der Gente 1918 in Geltung belassenen Bestimmungen in den §§ 1, 4 und 5 der Bekanntmachung der Landesverorgungsstelle und des Kriegswirtschaftsamts über Zuschlag beim Weinverkauf vom 28. Oktober 1918 außer Wirksamkeit.

11. In Geltung bleiben die Vorschriften in den §§ 7 bis 16 der Verfügung des Ministeriums des Innern über Wein vom 18. September 1917 (vgl. Ziff. II der Bekanntmachung des Ernährungsministeriums über Wein vom 6. Oktober 1919, Staatsanz. Nr. 230).

Stuttgart, den 2. Juni 1920. Graf.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Juni 1920.

Zur Wahl von Stadtschultheiß Müller.

Zu unserem Artikel im Dienstagblatt (Nr. 130) „Nach den Wahlen“ haben wir noch ergänzend auszuführen: Die Wahl des Stadtschultheißen Müller in Neubulach zum Landtagsabgeordneten ist nicht etwa (wie dort ausgeführt) deshalb erfolgt, weil er auf der Landesvorwahlliste an günstiger Stelle stand, denn sein Namen war auf der Landesvorwahlliste überhaupt nicht enthalten, da er ja erst nachträglich durch den Tod des Abg. Schabbe in Nagold an die erste Stelle des Kreisvorwahls der Bürgerpartei gesetzt wurde, zu einer Zeit, wo die Landesvorwahlliste bereits eingereicht waren. Die Wahl ist vielmehr aus folgendem zu erklären: Von jeder Partei werden nach dem neuen Landtagswahlgesetz alle sogenannten Reststimmen zusammengezählt, das sind die Stimmen sämtlicher Kreise, die zu keinem Sitz (also 10 853 Stimmen) reichen oder die erforderliche Sitzstimmenzahl übersteigen. Die so gewonnenen

Gesamt-
gu einer
10 853 -
aller P
ergibt
stimmen
Partei
Hälfte
zwar de
lich inn
der Bü
demokr
zufiel
Kreis
Umfo
kreis
men fa
Partei
10 853
Kreis
tiert
ebenfall

Zu
gelliche
Volksh
Wurzel
Bezirk
eust un
Betätig
licher
Lebens
einer g
20. Ju
feier
mittags
Pfarrer
von K
Die M
meinder
eindruc
der Ste

Be
* D
eine G
streb
gart
nach ei
schüße
Ausfch
Wan

* A
waktun
stimmt
ist. U
beugen
das h
in das

Z
Woche
Preise
und W
trennt
die Pa
strie ü
bestimm
wird tr
Erhöhu
daß M
mehr in
kaufen.

N
Anfang
mittel
roggen
fein, K
einen g
Wirnen
das ein
nen.
Auch d
eine fri
sch U
wurms
selbst in
Frühfa
Die Ju
den sch
tig, das
erste K
reichen
friehige
etwas
wicklung
menen

1. folio Unterschrift
Landesverorgungs-
mit neuem Wein zur
§ 7 Beförderungs-
ung vom 6. Oktober
om 30. Januar 1920
aufgehoben.

Die Polizeibehörden
Einhaltung der Vor-
versorgungsstelle zu
tagen.

und Preisvorschriften
II)“
e Ziff. II unter Auf-
m 30. Januar 1920

bnung vom 25. Sep-
is zu sechs Monaten
t Markt befristet:

Trauben in Mengen
Traubenmost- oder
ohne Genehmigung
im Besz eines
nd 10).

Befugung erlassen
elle zuwiderhandelt.“

n Tage ihrer Ver-
die in § 23 Abs. 2
den Wein der Erste
§§ 1, 4 und 5 der
Kriegswucheramt
er 1918 außer Wir-

den §§ 7 bis 16
über Wein vom 18.
ng des Ernährungs-
staatsanz. Nr. 230).

Graf.

af die vier Volks-
daß sie sich grund-
am hätte Anspruch
mokratie sei mit
an der Regierung
frage das
veranlaßt werden.
ch mehr aus dem
Sozialdemokraten

sition treten, sei
Regierung hätte
regierung mit den
gkeiten zu erwar-
Württemberg etwa
glaubt Dr. Hieber
rauf hin, daß die
en (55), wie die
Abstimmung die
Schule würden in
Wünschens-
der bisherigen
osierer Teilnahme
rtigen Umständen
Regierung seien
flug, ja geradezu
n der Teilnahme
stizminister Bo lz

ahlen der Fort-
olitisch zweckmäßig
übersehen. Für
: entweder Fort-
ürgerlichen Regie-
entrum. Die
lungsfähig? Das
niemals“ mit den
Erweiterung der
der Sozialdemo-
ß ein reines Ge-
auf wirtschaftliche
sich um die Ver-
altung und über-
re Koalition kann
rden, wenn näm-
und Kirchenfragen
würden dagegen
en. Wie die Hal-
ogewartet werden.
diplomatisch aus-
hl den nach rechts

den 10. Juni 1920.
Müller.

r. 130) „Nach den
hren: Die Wahl
zum Landtags-
führt) deshalb er-
n günstiger Stelle
ndesvorschlagsliste
sträglich durch den
erste Stelle des
de, zu einer Zeit,
waren. Die Wahl
Von jeder Partei
alle sagen. Rest-
immen sämtlicher
men) reichen oder
Die so gewonnenen

Gesamtreststimmzahl jeder einzelnen Partei wird durch die zu einem Sitz notwendige Stimmzahl — also diesmal durch 10 853 — dividiert, bezw. es wird die Gesamtreststimmzahl aller Parteien durch die noch verfügbaren Sitze geteilt, und so ergibt sich die Zahl der auf die Partei auf Grund der Reststimmen noch entfallenden Abgeordnetenitze. Diese Sitze jeder Partei werden nun zur Hälfte der Landesvorschlagsliste, zur Hälfte den an sie angeschlossenen Kreisvorschlagslisten, und zwar denjenigen, die die größte Reststimmzahl selbstverständ-lich innerhalb der Partei aufweisen, zugeteilt. Wenn nun der Bürgerpartei gegenüber der Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei in unserem Kreis ein Abgeordneteritz zufiel, trotzdem die beiden letzteren Parteien innerhalb des Kreises je eine höhere Stimmzahl erhielten, so ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die Bürgerpartei in unserem Wahlkreis gegenüber den übrigen des Landes mit ihren 5343 Stimmen fast an erster Stelle stand, während die beiden anderen Parteien in mehreren Kreisen des Landes der Stimmzahl 10 853 ziemlich nahe kamen und deshalb die Kandidaten dieser Kreise denjenigen des 16. Wahlkreises voringen. — So erklärt sich auch die Nichtwahl des Mehrheitssozialisten, der ebenfalls nicht auf der Landesvorschlagsliste stand.

Evangelischer Volksbund.

In der Sturmesnot unseres Vaterlands und unserer evangelischen Kirche im Anfang 1919 gegründet, hat der Evang. Volksbund in unserem Land und unserem Bezirk jetzt kräftig Wurzel gefaßt. Er zählt in Württemberg rund 160 000, im Bezirk Calw rund 3300 Mitglieder (in 15 Ortsgruppen). Er ruft unser Christenvolk zum Zusammenschluß und zu lebendiger Betätigung, daß man einander näher kommt, einander in christlicher Ueberzeugung stärkt und die Aufgaben des kirchlichen Lebens gemeinsam und freudig ansieht. Er schickt sich nun zu einer größeren Veranstaltung an: am Sonntag, den 20. Juni, soll bei günstiger Witterung eine Bezirks-Waldfeier des Volksbundes in nächster Nähe von Calw von nachmittags 1/2 Uhr an stattfinden. Ansprachen (darunter eine von Pfarrer Dr. Tempel-Stuttgart), gemeinsame Gesänge, Vorträge von Kirchchören aus dem Bezirk sollen aufeinander folgen. Die Mitglieder des Volksbundes und unserer evangelischen Gemeinden sind dazu eingeladen. Wir hoffen auf eine gut besuchte eindrucksvolle Feier. Im Falle ungünstigen Wetters soll sie in der Stadtkirche in Calw stattfinden.

Berein körperschaftlicher Ruhestandsbeamter.

* Der Verein der körperschaftlichen Ruhestandsbeamten, der seine Gleichstellung mit den staatlichen Ruhestandsbeamten anstrebt und bereits 1000 Mitglieder zählt, hält in Stuttgart seine erste (konstituierende) Vollversammlung ab, in der nach einem Bericht über die Tätigkeit des provisorischen Ausschusses die Vereinsatzung festgestellt und der Vorstand und Ausschuh gewählt werden soll.

Warnung vor dem Juzzi in den mittleren Verwaltungsdienst.

* Man schreibt uns: Der Andrang zum mittleren Verwaltungsdienst war in den letzten Jahren so stark, daß bestimmt in Zeitkurze mit erheblicher Stellenlosigkeit zu rechnen ist. Um Berufswechsel und sonstigen Enttäuschungen vorzubeugen, stellt der Verein an die Herren Kollegen, Lehrer usw. das höfliche Eruchen, bis auf weiteres von dem Eintritt in das Verwaltungsfach dringend abzuraten.

Beratungen über Milchpreiserhöhung.

In der Landesversorgungsstelle fanden in vergangener Woche Beratungen über eine neue Milchpreiserhöhung statt. Die Preiserhöhung fekte in der Palz ein und griff auch nach Baden und Bayern über. Die Landesversorgungsstelle hat in vier getrennten Konferenzen die Landwirte, die Vertreter der Städte, die Parteien und Gewerkschaften und auch Handel und Industrie über eine etwaige neue Milchpreiserhöhung gehört. Ein bestimmter Beschluß wurde nicht gefaßt. Nach Lage der Dinge wird trotz der guten Heuernte und des reichlichen Futters eine Erhöhung für nötig gehalten, trotzdem zugegeben werden muß, daß Angestellte und viele Kreise des Mittelstandes heute nicht mehr in der Lage sind, nur die allernötigsten Lebensmittel zu kaufen.

Gute Ernteausichten in Württemberg.

Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamts von Anfang Juni stand der Winterweizen im Landesdurchschnitt mittel bis gut, der Sommerweizen, Winterroggen und Sommerroggen noch etwas besser. Auch Haber, Sommergerste, Kartoffeln, Hopfen, Zuckerrüben, Alee, Luzerne und Wiesen zeigen einen guten Stand. Aepfel schwanken zwischen gut und mittel, Birnen stehen mittel und Weinberge gut. Beim Wintergetreide, das einen fast zu üppigen Stand hat, ist mit Engerung zu rechnen. Der Winterroggen steht in Blüte oder hat schon verblüht. Auch das Sommergetreide ist in der Entwicklung weit voran; eine frühe Gerstenernte steht in Aussicht. Doch zeigt sich vielfach Unkraut (Hedetich), auch schädigendes Auftreten des Drahtwurms und der Grillfliege. Die Kartoffeln stehen gut und sind selbst in rauhen Gegenden behackt, teilweise sogar schon beäufelt. Frühkartoffeln werden früher als sonst auf den Markt kommen. Die Futter- und Zuckerrübenselder sind in den milderen Gegenden schon vollständig fertig bearbeitet. Die Wiesen stehen prächtig, das Bodengras ist schon entwickelt. Die Heuernte und der erste Aleechnitt, die teilweise schon unter Dach sind, liefern reichen Ertrag. In Kernobst ist im Landesdurchschnitt ein befriedigender Ertrag in Aussicht. Aepfel stehen durchschnittlich etwas besser als Birnen. Auch die Weinberge sind in der Entwicklung weit vorangeschritten und zeigen reichen und vollkommenen Ansaß von Gescheinen. Zusammenfassend sagt der Bericht,

daß die Früchte ihren Vorsprung gegen sonstige Jahre behalten haben, daß der Stand aller Früchte ausnahmslos gut ist und sofern die Witterung günstig bleibt, zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Befugung des Ernährungsministeriums über Wein.

Durch die im amtlichen Teil des heutigen Blattes veröffentlichte Befugung des Ernährungsministeriums über Wein werden die Höchstpreisbestimmungen in den Verfügungen vom 6. Oktober 1919 und 30. Januar 1920 mit Wirkung vom Tage der Verkündung der neuen Befugung an aufgehoben. Um ungerechtfertigten Preissteigerungen nach Aufhebung der Weinhöchstpreise entgegenzutreten, war es notwendig, zu verhindern, daß einzelne Großkapitalisten die jetzt noch beim Erzeuger vorhandenen Wein-vorräte und später das Erträgnis der kommenden Weinernte im Großen aufkaufen und der Wein, bis er an die Wirte und Verbraucher gelangt, in größerem Umfang als bisher durch Zwischenhandel unnötig verteuert wird. Es mußte deshalb an dem — übrigens schon seit dem Jahre 1917 eingeführten — Erfordernis der Genehmigung des Ortsvorstehers des Wohnorts zum Erwerb von Wein in erheblichen Mengen festgehalten werden. Diese Beschränkung, mit der sich die beteiligten Wirts- und Weinhändlerkreise in der Erkenntnis des für sie darin gelegenen Schutzes gegen Auffaugung der verfügbaren Ware durch das Großkapital längst abgefunden haben, wurde dahin gemildert, daß die Genehmigung, die bisher schon zur Erwerbung von mehr als zwanzig Litern beim Erzeuger und beim Weiterverkäufer erforderlich war, künftig nur noch für die Erwerbung von mehr als dreihundert Litern beim Erzeuger verlangt wird. Im übrigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 1 Ziff. 1 der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 395) wegen übermäßiger Preissteigerung mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft wird, wer vorsätzlich für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder solche Preise sich von einem andern gewöhnen oder versprechen läßt. Die Weinerzeuger, welche jetzt noch im Besitz von Wein-vorräten sind, werden sich demnach auch dann der Strafverfolgung wegen übermäßiger Preissteigerung aussetzen, wenn die einen übermäßigen Gewinn enthaltenden Preise, um die sie ihr Erzeugnis absetzen, von ihnen nicht gefordert, sondern von den Kaufleibern freiwillig angeboten worden sind. Was die Zuschläge anbelangt, die von Händlern und Wirten zum Einstandspreis des Weines gemacht werden dürfen, so wird daran erinnert, daß die Vertreter der Wirte und Händler im April dieses Jahres in einer mündlichen Verhandlung bei der Landespreisstelle folgende Zuschläge zum Einstandspreis als angemessen anerkannt haben:

1. als Ersatz für Verminderung durch das Ablassen im Ganzen 8 Prozent,
2. als Entgelt für Schwund und Zinsverlust 1 1/2 Prozent für den Monat,
3. für Abfüllung in Flaschen 200 M. für ein Hektoliter, mit besonderer Berechnung von Flaschen, Kisten und Hülsen zum Ankaufspreis,
4. für sonstige Geschäftsunkosten und Geschäftsgewinn im Großhandel insgesamt 25 Prozent,
5. für sonstige Geschäftsunkosten und Geschäftsgewinn beim Ausverkauf oder Kleinverkauf insgesamt bis zu 60 Prozent, in Ausnahmefällen, sofern die Art des Wirtschaftsbetriebs einen besonderen Aufwand bedingt, bis zu 80 Prozent.

Händler und Wirte, die Wein, den sie vor der Aufhebung der Weinhöchstpreise noch verhältnismäßig billig gekauft haben, zu gleichen oder ähnlich hohen Preisen wie den nach Aufhebung der Höchstpreise erworbenen Wein absetzen, werden unbeschadet der Vorchrift in § 2 der Verordnung gegen Preistreiber wegen übermäßiger Preissteigerung strafrechtlich verfolgt werden. Nach dem angeführten § 2 darf für gleichartige Gegenstände, deren Gesehungskosten verschieden hoch sind, ein Durchschnittspreis gefordert werden, wenn er nachweislich auf den verschiedenen Gesehungskosten und den verschiedenen Mengen der in ihn einbezogenen Gegenstände beruht und unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Gesehungskosten keinen übermäßigen Gewinn enthält.

Mutmaßliches Wetter am Freitag u. Samstag.
Die Störungen schwinden. Am Freitag und Samstag ist weitere Aufheiterung und Wiedererwärmung zu erwarten.

Ein Schieberprozeß.

(Schw.) Stuttgart, 9. Juni. (Strafkammer.) Vor der fünften Strafkammer begann heute ein umfangreicher Prozeß wegen Lebensmittelveruntreuung und -Schiebung zum Nachteil der Nahrungsmittelversorgung Stuttgart, in dessen Mittelpunkt der 22 Jahre alte in Leutkirch geborene und hier wohnhafte Kaufmann Franz Josef Ernst steht. Dieser hat in seiner Eigenschaft als Expedient bei dem Abnahmebüro der Nahrungsmittelversorgung auf dem hiesigen Westbahnhof im Frühjahr 1919 fortgesetzt sich an den für die Nahrungsmittelversorgung einlaufenden Lebensmitteln vergreifen. Zuerst eignete er sich 50 Kilogr. Kunsthonig, später fünf Zentner Dörrobst, dann 40 Zentner Kunsthonig an, um damit einen schwinghaften Schleichhandel zu treiben. Anfang Mai v. Js. verschob er einen ganzen Wagon Gemüsekonserven, eine Woche später zwei Wagon Kunsthonig. Das Ganze fekte er an den Kaufmann und Feinstoffhändler Alfred Miesch hier ab, wobei er über 100 000 Mark löste. Das Geld hat er innerhalb weniger Monate bis auf etwa die Hälfte in leichtsinnigster Weise verprast, sich ein Auto für 12 000 M. gekauft, Seftelgale veranstaltet und anderes mehr. Von Miesch kaufte die Waren der Kaufmann Ewald Stahlmann, ohne gleich Miesch um die eigentliche Herkunft zu wissen. Dann verlor sich der Kunsthonig in die verschiedensten Kanäle, während die Gemüsekonserven restlos beschlagnahmt werden konnten. Einschließ-

lich des Ernst haben sich nun 19 Personen — die letzteren 13 wegen Kettenhandels u. ä. — zu verantworten. Sie bestritten mehr oder weniger die ihnen zur Last gelegten Verfehlungen und im guten Glauben und Gesehtsunkenntnis gehandelt haben. — Ueber den Ausgang der mehrere Tage dauernden Verhandlung wird berichtet werden.

e. Viebenzell, 9. Juni. (Vom Rathaus.) Durch den Tod des Stadtpflegers Weit war eine Neuwahl erforderlich. Zwei Bewerber hatten sich gemeldet. Mit 11 von 12 abgegebenen Stimmen wurde der seitherige Waldrechner Richard Weit zum Stadtpfleger gewählt. Beschlossen wurde, die Stadtpflege aufs Rathaus zu verlegen und die Zeit von vormittags 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr als Rassenstunden festzulegen. — Die hohen Kosten der Wiederherstellung der Oberen Badbrücke, sowie die sonstigen Ausgaben für Hochwasserjähden machen eine weitere Aufnahme von 20 000 M. bei der Oberamtsparatasse notwendig. — Um der Wohnungsnot zu steuern, hat sich der Gemeinderat mit dem Gedanken getragen, Wohnungen im Dachraum einiger städt. Gebäude einzubauen und zu diesem Zweck den Rat eines Sachverständigen einzuholen. Nach Ansicht des Herrn Oberamtsbaumeisters wäre der Einbau wohl möglich, aber mit solch hohen Kosten verknüpft, die in keinem Verhältnis zu dem gewonnenen Raum stehen. Die Einrichtung der geplanten Wohnungen (zwei Dreizimmerwohnungen und eine Zweizimmerwohnung) lämen die Gemeinde auf rund 160 000 M. zu stehen. Daß unter diesen Umständen der Gemeinderat der Sache näherzutreten leider nicht in der Lage war, ist verständlich. Bemerkt wurde, daß die Wohnungsnot nicht so schlimm wäre, wenn sich nicht so viele Ausgewiesene und Auslandsdeutsche hier niedergelassen hätten und beschloffen, beim Arbeitsministerium vorstellig zu werden, daß wir endlich von fernemem Zugang verschont bleiben, im Interesse der einheimischen Wohnungsuchenden. — Die Hundesteuer wurde von 15 M. auf 25 M. erhöht. Wer also am 1. Juli noch im Besitz eines Hundes ist, hat zu den bereits bezahlten 15 M. noch eine Nachzahlung von 10 M. zu leisten. — Ferner wurde beschloffen, ab 1. Juli eine Fremdenwohnsteuer in Höhe von 10 Prozent des Mietpreises zu erheben.

(Schw.) Heidenburg, 9. Juni. Im nahen Feldrennach wurde in der Nacht zum Montag nach einer Tanzbelustigung dem hiesigen Polizeidiener Fr. Fauth, 58 Jahre alt, vor seinem Hause mit seinem eigenen Seitengewehr von einem Unbekannten der Schädel gespalten. Fauth starb bald nach dem Auffinden. Er hinterläßt eine Frau und drei Töchter.

(Schw.) Wildbad, 9. Juni. Bei einem unbedeutenden Wortstreit auf der Straße zwischen Kurgästen und Einwohnern wurde der dazu gekommene hiesige Schreiner August Adermann, der für die Wildbader Partei ergriff, von dem Zahnarzt Ernst Böhnke aus Königsberg erschossen. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

(Schw.) Altensteig, 9. Juni. Der Schwarzwaldverein hatte in den umliegenden Waldungen die Sitzbänke erneuert. Raum war die kostspielige Arbeit beendet, flogen einige Bänke, kurz und klein geschlagen, den Steilabhang am Nonnenwald wieder hinunter. Die erbärmlichen Wichte, die diese „Heldenat“ verbrachten, sind noch nicht ermittelt.

(Schw.) Freudenstadt, 9. Juni. Der Zugmeister Bey hat dieser Tage für einen ehrlich abgelieferten Fund reichlichen Lohn erhalten. Auf der Fahrt von Eutingen herher hatte ein Reisender den Brillant aus seinem Fingerring verloren, den Verlust aber erst im Gasthof bemerkt. Er vermutete, daß ihm der kostbare Stein im Abteil 2. Klasse aus dem Ring gebrochen sei, und erließ ein Nachforschungstelegramm nach Hausach. Nach langem Suchen entdeckte dort der Zugführer das kostbare Stück. Bei der Ablieferung erhielt er 1000 M. Finderlohn.

(Schw.) Overtürkheim, 9. Juni. Der Gemeinderat hat am Dienstag in geheimer Abstimmung mit 11 gegen 5 Stimmen sich für die Eingemeindung Overtürkheims nach Stuttgart entschieden. 3 Stimmen waren für Eßlingen, außerdem wurden 2 weiße Zettel abgegeben. Der Beschluß soll aber nicht endgültig sein. Am kommenden Sonntag soll in einer öffentlichen Versammlung die Einwohnerschaft ihre Meinung zum Ausdruck bringen, die dann bei der endgültigen Beschlußfassung berücksichtigt werden soll. Eine Urabstimmung, die an und für sich ungeeignet ist, wurde vom Gemeinderat mit 14 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

(Schw.) Weßheim, 9. Juni. Dem Anwalt Bauer in Schafhof wurden nachts zwei Pferde im Wert von 40 000 M. aus dem Stall gestohlen. Auch zwei Zeltbuden ließen die Pferdebehe mitlaufen. Die Spur der Täter soll nach Gmünd führen.

(Schw.) Ulm, 9. Juni. Bei der gestrigen Verfeigerung von 2050 Großviehhäuten und 760 Kalbfellen wurde ein Abschlag von über 40 Prozent erzielt. Es kosteten Ochsenhäute bis 39 Pfund 10 M. bis 10.85 M., von 40—59 Pfund 8.60—9 M., von 60—79 Pfund 9.30—10.05 M., über 80 Pfund 8.05—9.05 M., Rinderhäute bis 39 Pfund 10.70—11 M., von 40—59 Pfund 10.15—10.30 M., von 60—79 Pfund 9.85—10.15 M., Rühhäute von 40—59 Pfund 9.90—10.45 M., von 60—79 Pfund 9.75—10.55 M., über 80 Pfund 9.25—9.55 M., Bullenhäute bis 39 Pfund 10.10—11 M., von 40—59 Pfund 8.10—9 M., von 60—79 Pfund 7.90—8.60 M., über 80 Pfund 6.85—7.20 M., Kalbfelle 12—12.55 M.

Druck und Verlag der A. Oßschläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw.

Bekanntmachung des Landesfinanzamts, Abteilung für direkte Steuern, bezt. die vorläufige Erhebung der Reichseinkommensteuer im Rechnungsjahr 1920.

I. Wegen der vorläufigen Erhebung der Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 nach Maßgabe des § 58 Abs. 2 und 7 des Reichseinkommensteuergesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 31. März 1920 (Reichsgesetzbl. S. 428) wird folgende Anordnung des Reichsministers der Finanzen nachstehendes bekannt gegeben:

1. Bei Steuerpflichtigen, für welche sich die vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer nach § 58 Abs. 2 EinkStG, höher als die seit hergebrachte Staats- und Gemeindecinkommensteuer berechnet, wird die Steuer auf Grund der letztjährigen Landesveranlagung, jedoch nach den Tariffätzen des neuen Gesetzes bemessen. Hierüber wird ihnen ein vorläufiger Steuerbescheid zugestellt.

2. Alle übrigen Steuerpflichtigen haben die im Vorjahr entrichtete Staats- und Gemeindecinkommensteuer vorläufig weiter zu entrichten. Sie erhalten ein entsprechendes Anforderungsschreiben.

3. Steuerpflichtige, bei denen auf Grund des § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes die Steuerentrichtung demnachst, voraussichtlich mit Wirkung vom 25. Juni 1920 ab in der Form des 10prozentigen Abzugs vom Lohn erfolgt (Arbeiter, Angestellte, Festbesoldete), erhalten eine Steueranforderung, sei es durch vorläufigen Steuerbescheid, sei es durch einfaches Anforderungsschreiben nur dann, wenn ihre Steuerschuldigkeit für das Jahr 1920 voraussichtlich höher ist, als der 10prozentige Gehalts- oder Lohnabzug. Wer in solchen Fällen eine Steueranforderung erhält, hat das Recht, auf die vorläufigen Zahlungen die Anrechnung der inzwischen von seinem Lohn oder Gehalt einbehaltenen Abzüge zu verlangen.

4. Die nach Vorstehendem im Rechnungsjahr 1920 vorläufig zu entrichtende Einkommensteuer ist in vier gleichen Teilbeträgen auf 1. Juli, 1. September, 1. November 1920 und 1. Februar 1921 fällig und spätestens bis zum 15. des betreffenden Monats zu entrichten.

5. Gegen den vorläufigen Steuerbescheid und gegen das einfache Anforderungsschreiben ist das Beschwerdeverfahren gegeben. Durch Einlegung der Beschwerde wird aber die Wirksamkeit der vorläufigen Steueranforderung nicht gehemmt, insbesondere die Erhebung der geforderten Steuer nicht aufgehalten.

II. Die endgültige Veranlagung und Erhebung der neuen Reichseinkommensteuer erfolgt erstmals nach dem Ablauf des Kalenderjahres 1920 auf Grund des Einkommens, das der Steuerpflichtige in diesem Kalenderjahre bezogen hat.

Stuttgart, den 27. Mai 1920.

Bosler.

Calw.

Werkverkauf

am Samstag, den 12. Juni 1920, vormittags 8 Uhr,
Den 8. Juni 1920.

Stadtpflege: Frey.

Hirsau.

Wirtschaftsinventar-Verkauf.

Unterzeichneter verkauft wegen Räumung des Hauses „Hirsch und Lamm“ am Samstag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr und nachmittags fortgesetzt gegen Barzahlung:

1 reiches Büffel, 1 Billard, 1 Pianino, Gartenstühle mit Tischen, Garderobehalter, Holzstühle runde und lange Tische und Tafeln, Bettladen mit Koff, Lampen, eine große Partie Gläser u. Porzellan-Platten, Sektkühler, sowie Verschiedenes, 1 Theaterbühne.

Diese und die großen Sachen werden mittags nach Ankunft derzüge verkauft.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Ziehharmonikas alte können gegen neue eingetauscht werden, sowie jedes andere Instrument wird in Tausch genommen.

Touristenharmonikas in großer Auswahl, neueste Modelle, eigenes Fabrikat. Auf Wunsch erhält jeder Käufer

Unterricht

von Meisterpieler Hohnloser, sodass jeder innerhalb 8 Tagen sehr gut spielen kann.

Reparaturen schnell und billig.

Gebrüder Hohnloser & Hohner, Pforzheim
Wilhelmshöhe, Bergstraße 27.

An- und Verkauf von gebrauchten Harmonikas.

Calw.
Gerichtlicher Anordnung zufolge kommen am Samstag, den 12. ds. Mts., vormittags von 9 Uhr an, vor dem Amtsgericht, gegen bare Bezahlung zur

Versteigerung:

114 emaillierte bezw. blechene Milchkannen, 88 Glasflaschen 1/2 bis 1 Ltr., 2 Korbflaschen (ca. 5 Ltr.), 11 Feldflaschen, 1 Kochgeschirr, 1 Korb.

Calw, den 10. Juni 1920.

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw: Ohngemach.

Damen-, Mädchen- u. Kinder-

Hüte

zu herabgesetzten Preisen

N. Schaible, Badgasse.

Neuhengstett, den 10. Juni 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten, treubeforgten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Henne,

geb. Talmou,

erfahren durften, für die überaus zahlreiche Beteiligung am Leichenbegängnis, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für die vielen Blumenpenden, sprechen auf diesem Wege den herzlichsten Dank aus

der trauernde Gatte: Heinrich Henne
mit Tochter Frida.

Werbe-Drucksachen

in vorbildlicher Anordnung und
besten, vornehmer Ausstattung

A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI, CALW

Lederstraße Nr. 151 — Fernsprech-Nummer 9

Heugras

von zirka 5 Morgen Wiese
sodort zu verpachten.

G. Kohler, Talmühle
(Fernspr. Stat. Leinach Nr. 2).

Kurzgefügtes, trockenes

Brennholz

kann sofort geliefert
werden

L. Kürcher, Sägewerk,
Hirsau.

Selbstgehellerten, guten

Most

ca. 4000 Ltr.

hat billig abzugeben.

Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

100 Liter

Most

zu kaufen gesucht.
Von wem, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Habe eine einjährige

Glucke

mit 9 zehntägigen Küken
zu verkaufen, oder zu ver-
tauschen

gegen Futtermittel.

Wer sagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Rottweiler Hündin

(Flora) hat sich

verlaufen.

Wiederbringer erhält gute
Belohnung.

Krämer, zum „Bären“,
Stammheim.

D. H. V.

Am Freitag, den 11. ds.,
abends 8 Uhr

Mitglieder-

Berufung

im Restaurant Schöninger.

Deutschnationaler Hand-
lungsgehilfen-Verband
Deisgruppe Calw.

Prima

Hafermehl

empfiehlt ohne Marken

Mehlhandlung Zug.

Etwas Gutes

für Haare und Haarboden

ist echtes

Brennholz-Haarwasser

ferner feinstes

Birken-Haarwasser

R. Otto Vincon, Calw.

Entbehrlichkeitshalber

preiswert zu verkaufen

blausch. Koflium

Größe 42-44.

Sportwagen und

Kinderstuhl

Hirsau, Viehhof 38 1/2.

Eine neue

Mehltruhe,

ein gutes Kummel,

ein Paar Rohrriesel

Größe 43, zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Habe im Auftrag ein

Fahrrad

billig zu verkaufen.

Otto Ruf, Badstr. 350.

Bad Leinach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Freunde und Bekannte zu
unserer am Samstag, den 12. Juni 1920 statt-
findenden

Hochzeits-Feier

im Gasthof zum „Goldenen Faß“, freundlichst
einzuladen.

Karl Lang, Werkführer,

Sohn des † Schreiner Karl Lang, Benningen.

Helene Schwinghammer,

Tochter d. Sägewerksbes. Friedrich Schwinghammer,
Bad Leinach.

Kirchgang 1/2 Uhr.

Wir bitten dies als persönliche Einladung ent-
gegennehmen zu wollen.

Breitenberg.

Statt jeder besonderen Einladung.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Samstag, den 12. Juni
1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ hier, freundlichst
einzuladen.

Johann Georg Reuschler,

Sohn des † Jakob Reuschler, Bauer hier.

Christine Katharine Feuerbacher,

Tochter des † Karl Feuerbacher, Wagner, hier.

Kirchgang um 11 Uhr in Breitenberg.

Einladung.

Zu unserer am Samstag, den 12. Juni, in
der Stadtkirche in Liebenzell stattfindenden

Trauung

laden wir herzlich ein

Gotthilf Delschläger,

Liebenzell-Vielselsberg.

Emma Förcher, Unterhaugstett.

Kirchgang 1 Uhr.

Gesucht für sofort eheliches

Mädchen

für die Küche.

Geschw. Mutschler,

Cafe u. Pension, Ernstmühl.

Ferner

Frau od. Mädchen

zur Aushilfe einige Stunden

tagsüber gesucht. D. D.

Suche auf 15. Juni oder

1. Juli ein fleißiges, ordentl.

Mädchen

von 16-18 Jahren zur Mit-
hilfe im Haushalt. Wer sagt
die Geschäftsstelle des Blatt.

Tüchtiges

Mädchen

gesucht, nicht unter 20 Jahren,
für Haus und Landwirtschaft
(kein Stall).

Frau Rothfuß,

Schwarzwaldbrauhaus,
Wildberg.

Ein fleißiges

Mädchen

für sofort oder 15. Juni ge-
sucht.

Gasthaus z. Lamm,
Liebenzell.

Klavier-

stimmen!

Mein Techniker, Herr E.

Rümmerte ist heute hier.

Bestellungen bei Herrn

Hauptlehrer Wörner, Neue

Stuttgarterstr. 648, gemacht

werden. Pianofortefabrik

E. A. Elias, Stuttgart.

Selbstgebrannten

Kaffee

stets frisch,

Kakao

in 1/2-Pfund-Paketen,

reinschmeckenden

Souchong- und

Ceylon-

Tee

Chokolade

in Tafeln, zum Kochen

und Rohessen, empfiehlt

K. Otto Vincon.

Ein ordentlicher u. kräftiger

Lehrling

kann sofort eintreten bei

Karl Beckh, Schreiner-

meister, Hirsau.

Obiger hat eine

Rußbaumkommode

frisch hergerichtet, und eine

eiserne Bettstelle

alles in gutem Zustande,
preiswert zu verkaufen.

Grasertrag

von Fabrikwiese zu verkan-

fen. Schriftliche Angebote an

Harry á Wengen,
Talmühle.

Nr.

Gras

fall der

der Bild

schaffen

die Meh

taktische

noch dar

sozialisten

ohne Er

keine Lu

knaben fi

weil sie

wurden,

mehr Un

mann, de

schon un

teilen, u

in Falle

Möglich

lungen"

heißt so

daß sie

im Inter

Volkspar

heißt so

Punkte u

zum Prü

zur Regi

Über

tische Fr

beginnt

dahin ge

einsehen

stärkt au

der Lins

nicht ang

nisse wir

natürlich

Friedens

wieder

deutschen

ist man r

erblickt i

die europ

land wir

lung zu

jeht auf

und Wri

gehen kan

Kirche is

und Kap

uns bish

gelommen

dem Aus

Verwirru

befürchtet

teiführer

politische

wohls zu

währ das

mieden r

die wir